Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 30. Jänner 1920, Nr. 39.

Reise des VB. Winter nach Italien. Bgm. Reumann beantragte in der gestrigen Stadtratsitzung, dass VB. Winter einer Einladung der Italiener Folge leistend sich nach Italien begeben, um die Unterbringung der Wiener Kinder zu besichtigen. Der Antrag wurde angenommen. VB. Winter wird sich in den nächsten Tagen nach Italien begeben.

Von der Strassenbahn. Die Strassenbahn wird am Sonntag einen beschränkten Verkehr aufrecht erhalten, das heisst, der Betrieb wird um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr früh aufgenommen und mit Auslassung der bekannten Parallellinien und Kürzung der Endstrecken, wie es bereits an früheren Sonntagen der Fall war, bis $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends geführt werden. Montag (Feiertag) wird die Strassenbahn wie an Werktagen verkehren.

Der Strombezug für industrielle und gewerbliche Zwecke. Wie die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke mitteilt, gelten in der kommenden Woche für den Bezug von Kraftstrom für industrielle und gewerbliche Zwecke dieselben Einschränkungen wie in der vergangenen Woche, jedoch mit der Aenderung, dass entsprechend der Vereinbarung mit dem paritätischen Industriekomitee in der nächsten Woche die Entnahme von Strom den Betrieben mit ungeraden Hausnummern in der Zeit von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags, den Betrieben mit geraden Hausnummern in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags gestattet ist.

Wiener Gemeinderat

Sitzung von 30. Jänner 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und nimmt die Angelobung der neu aberufenen Gemeinderäte vor und war: Heinrich Perenz, (für Frau Boschek), Anton Meidl (für Dr. Winter) und Franz Ulreich (für GR. Hölzl). Hierbei verliest Schriftführer GR. Hammerschmidt die Angelobungsformel.

Bgm. Reumann macht folgende Mitteilungen:

Nach einer Zuschrift des österreichischen Generalkonsuls in Köln haben sich in Rheinlande bisher 8500 Familien zur Aufnahme von Wiener Kindern bereit erklärt. Die organisatorischen Vorarbeiten werden demnächst soweit gediehen sein, dass ein erster Transport von 500 Kindern für die Stadt Köln vom Volksgesundheitsamt in Wien angesprochen werden wird.

Wie die deutsche Heimkehrerstelle in Triest mitteilt, haben sich die Arbeiter des Lloyd Triestino (früher österreichischer Lloyd) verpflichtet, bis auf weiteres wöchentlich den Verdienst einer Stunde den in Triest zur Erholung weilenden Wiener Kindern zuzuwenden. Auch die Beamten des Unternehmens haben einen Teil ihres Monatsgehältes denselben Zwecke gewidmet.

Die Gemeinde Grafenberg hat für notleidende Kinder Wiens eine Lebensmittelsammlung eingeleitet, die ein Ergebnis von rund 700 kg erzielt hat. Gespendet haben:

Als weitere Rate der Sammlung Aachener Bürger für die notleidenden Wiener Kinder 15.983 Mark und 1000 Kronen,

die Stadtverordnetenversammlung Bonn am Rhein für die in höchster Not befindliche Bevölkerung der Stadt Wien 15.000 Mark,

die Firma Astor & Lyman, Stolberg in Rheinlande, für hungernde Wiener Kinder 10.000 Kronen,

die Firma Vontobel & Comp. in Meilen, Schweiz, für die Armen Wiens 3.785 K der anonyme Wohltäter „Wilhelm“ der städtischen Volksschule für Mädchen X, Laaerstrasse zur Anschaffung von Schuhen und Kleidern für arme Schulkinder 3000 Kronen,

der Gemeinderat von Willich bei Andernach in Rheinlande zur Linderung der in Wien herrschenden grossen Not 1000 Mark,

die Firma Albrecht & Flotow in Berlin für die notleidende Bevölkerung Wiens 1000 Kronen,

Sever Herdan aus Bukarest für notleidende Wiener Kinder 1000 Kronen,

Direktor Julius Maschek in Strassburg für die Armen der Stadt Wien 700 Mk. des Eisenbahner der Station Gern und Umgebung zur Unterstützung hilfbedürftiger Wiener Kinder 899 Lire,

Emma Bardas, Hofrätsgattin, Wien, zu Gunsten der Obdachlosen des XIII. Bezirkes 500 Kronen,

der Deutschösterreichischer Verein Elberfeld für arme Wiener Kinder 300 K, die Vereinigung der Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen von Wildenbruch und Umgebung als Ergebnis einer Sammlung zur Unterstützung notleidender Kinder der in Kriege gefallenen Kameraden 100 Mark,

G. Brinkmann, Rindon, zur Speisung und Bekleidung armer Wiener Kinder neuerlich 25 Mark,

Armenrat Siegmund Weiss in Ostrava für die Armen Wiens 5 Waggon Holzgerberlohe,

das niederländische Hilfskomitee für die Wiener Kinder in Wien zur Verteilung an die meist bedürftigsten Familien 30.000 kg Torf für Heizzwecke, der Oesterreicher-Damenverein von St. Louis für die notleidende Wiener Bevölkerung, insbesondere für Wiener Kinder 24 Pakete Lebensmittel und Seife, die von einer Sammlung per 400 Dollar angekauft wurden,

Frau Wiener-Welten, zu Gunsten der Armen des XIII. Bezirkes eine Fahre Wohnungsmöbel.

Benta Popper, J., Diberstrasse, für Fürsorgezwecke, bzw. für die Armen des XIII. Bezirkes 2000 K,

die Firma Hans Reiser in Köln-Bransfeld für die notleidenden Kinder Wiens 1000 K.

Schriftführerin GR. Bock verliest den Einlauf.

GR. Angeli (chr. sen.) weist darauf hin, dass sich Italien um das der Gemeinde gehörige Seehospiz San Pelagio, das als Heilstätte für Skrophulose und nachtsichtige Kinder diene, bewerben will und fragt, ob bezüglich Verhandlungen stattgefunden haben, wieweit sie gediehen sind und ob der Bürgermeister bereit ist, das Staatsamt für Ausseres aufzufordern, dasselbe wolle im Interesse Oesterreichs und im Interesse der Gemeinde Wien gegen die unrichtige Auslegung eines Paragraphen des Vertrages Protest erheben.

Bgm. Reumann: Ich kann nur erwidern, dass ich seit dem Augenblicke, als ich von den Absichten der italienischen Regierung wegen der Erwerbung San Pelagios gehört hatte, alles daran gesetzt habe, um die Anstalt für die Stadt Wien zu erhalten. Im Dezember vorigen Jahres habe ich mich an das Staatsamt für Ausseres mit der dringenden Bitte um Intervention gewendet und das Staatsamt hat durch den italienischen Gesandten in Wien die nötigen Schritte eingeleitet. Ferner habe ich mich an die Bundesleitung der österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz gewendet, die sich sowohl beim internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf als auch beim Vizepräsidenten Genfer Komitees direkt verwendete. Weiters habe ich das Generalpräsidium des italienischen Roten Kreuzes direkt für unseren Standpunkt zu gewinnen gesucht und über eine im Stadtrate gegebene Anregung mich durch Kardinal-Erzbischof Dr. Piffli an den Papst um Intervention bei der italienischen Regierung gewendet. Gestern habe ich die Antwort des internationalen Roten Kreuzes auf meine Schreiben

vom 31. Dezember erhalten. Dieses Schreiben gibt uns die traurige Gewissheit, dass der Besitz von San Pelagio für die Stadt Wien verloren ist. Das italienische Rote Kreuz teilt mit, dass es die Baukosten von San Pelagio um ihren gesamten Wert einlöste und die Anstalt, die während des Krieges sehr gelitten hat, auf eigene Kosten wieder in Betrieb setzte. Mit Rücksicht auf die Übernahme dieser Kosten und angesichts der Tatsache, dass die Anstalt sich gegenwärtig auf fremden Boden befindet, schlägt das italienische Rote Kreuz folgende Lösung vor: Erwerbung, Wiederinstandsetzung und Betrieb der Anstalten von San Pelagio auf Kosten des italienischen Roten Kreuzes; von den 400 Plätzen, die in der Anstalt verfügbar sind, 100 für die Kinder der Gemeinde Wien ständig zu belassen, die übrigen 300 Plätze für die Kinder von Istrien und Venetien zu reservieren; um jedoch den Wiener Kindern die anderen 300 Plätze, deren sie sich in San Pelagio erfreuten, nicht zu nehmen, diese 300 unter speziell privilegierten Bedingungen, unter denen in allen anderen Instituten, welche die Gesellschaft in den verschiedenen Gebieten Italiens verstreut hält, italienische Kinder aufgenommen und gepflegt werden, in diesen Anstalten aufzunehmen. Die Gemeinde wird nach wie vor ihr Eigentumsrecht geltend machen, wenn auch das italienische Rote Kreuz erklärt hat, dass San Pelagio bereits angekauft ist. Es ist aber mit uns kein Kaufvertrag abgeschlossen worden, der könnte höchstens mit der italienischen Regierung abgeschlossen werden sein. Nachdem aber auch der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert ist, so kann ja auch eine Liquidierung von Liquidum nicht vorgenommen werden. Die Angelegenheit ist nach wie vor in der Schwebe, die Rechtsverhältnisse sind noch ungeklärt und es ist aber zu hoffen, dass die italienische Regierung, wenn sie in dieser Sache soviel entgegenkommt zeigt, wie sie es bei der Aufnahme der Wiener Kinder tut, zu einem freundschaftlichen Abschluss der Angelegenheit kommen wird. Ueber die weiteren Verhandlungen bezüglich San Pelagio werde ich den Gemeinderäte fallweise berichten.

GR. Klironch (tschech.) bespricht in einer längeren Anfrage die Schulverhältnisse beim Unterricht für die tschechischen Schulkinder in Wien und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, auf den Staatskanzler und Unterstaatssekretär für Unterrichtswesen einzuwirken, dass die Zentral-Schulkommission unverzüglich einberufen werde, ob er unverzüglich anordnen wolle, dass die von den Bezirkskommissionen in Aussicht genommenen und bereits leer stehenden Schulgebäude übergeben werden und ob er geneigt ist auch in den anderen Bezirken, wo die versprochenen Schulgebäude, bezw. Lokale für die tschechischen Schulen noch nicht gefunden wurden, dafür zu sorgen, dass dies raschestens geschehe.

Bgm. Reumann: Das von den Bezirkserhebungskommissionen in zusammenfassenden Beschlusprotokollen den Bezirksschulräte zu liefernden Material für die weitere Behandlung der Frage der Errichtung tschechischer Schulen und Beistellung der erforderlichen Schullokalitäten im Wiener Schulbezirke ist noch nicht aus allen Gemeindebezirken eingelangt, die bezügliche Berichterstattung wird sofort betrieben werden. Sobald das ganze Material vorliegt, will ich gerne an den Unterstaatssekretär herantreten, damit die Zentralkommission, welche die generellen weiteren Massnahmen wird festsetzen müssen, sofort zusammengesetzt und einberufen werde. Es ist sehr bedauerlich, dass solche Angelegenheiten immer ziemlich lange liegen bleiben, aber der Herr Interpellant weist sehr genau, dass wir sofort, als wir noch gar nicht verpflichtet gewesen sind, alle Vorbereitungen getroffen haben. (Zwischenruf des GR. Klironch) Sie können uns da gar keine Vorwürfe machen, wir haben in sehr entgegenkommender Weise die Angelegenheit behandelt, als wir dazu noch nicht verpflichtet waren.

GR. Inr. Prohaska (deutschnat.) führt in einer Anfrage aus, dass in der neuorganisierten amerikanischen Heerküche auf der oberen Wieden Zustände herrschen, die in grösster Widersprüche mit den Gleichheitsprinzipien einer Republik stehen, Obwohl der Arbeitstag mit 8 Stunden täglich gesetzlich festgelegt ist, werden die dort beschäftigten Frauen dazu verhalten, täglich bis zu 13 Stunden zu arbeiten, ohne für die Mehrleistung in irgend einer Form entschädigt zu werden. Der Antragsteller bemängelt des weiteren die Verpflegung des Personals u.s.w. und fragt: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, eine strenge Untersuchung der geschickten Mangelstände einzuleiten? Wird der Herr Bürgermeister veranlassen, dass die dort abreitenden Frauen entsprechend menschlich verköstigt werden? Wird der Herr Bürgermeister unter Hinweis auf die gesetzliche Bestimmung des 33. Art. des Grundgesetzes veranlassen, dass die Mehrleistung entsprechend bezahlt wird?

Bgm. Reumann: Der Aufsichtsrat der Wiener öffentlichen Ausspeisung hat sich am 9. d. Mts. konstituiert und sofort nach Heranziehung eines hervorragenden Ernährungsphysiologen, des Univ.-Prof. Dr. Arnold Durig eine durchgreifende Aenderung und Besserung der ganzen Einrichtung und des Betriebes eingeleitet. Die Grundlage des Arbeitsverhältnisses bildet das mit der Zentralorganisation der Hotel-Gast- und Kaffeehaus-Angestellten vereinbarte Gehalts- und Arbeitsregulativ vom 1. Dezember 1919, nach welchem die 60-stündige Arbeitswoche eingeführt ist. Die Höherstunden, werden mit einem 50%ig. Zuschlage vom Taggrundlohn bezahlt. Das Personal erhält die volle Tagesverpflegung von 45 Hektolen vertragsgemäss, also äquivalent sowie die Mittagmahlzeit der Ausgespeisten umfasst. Sollte irgend ein Angestellter diese Ration nicht erhalten, so genügt eine blosser Mitteilung an den Aufsichtsrat, um den Mangel abzustellen. Sofern bisher gewisse Mangelstände bestanden haben, wird der Aufsichtsrat bestrebt sein, auf deren ehestige Abstellung zu dringen. Mit der Republik selber haben die Angestellten der Heerküche gar nichts zu tun; eine republikanische Sache ist das Arbeitsverhältnis nicht.

GR. Rotter (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass bei Leichenbegängnissen die Strassenbahnzüge die Kirche zu St. Laurenz am Schottenfeld langsam passieren.

Bgm. Reumann: Die Strassenbahndirektion berichtet, dass die Dienstvorschriften das Verhalten der Fahrer beim Fahren in der Nähe von Aufzügen, Leichenbegängnissen u.s.w. in Sinne der Anfrage regeln.

GR. Schrötter (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister dem Plane, auf dem Grunde in der Nähe der Wasenmeisterel und der neuen Kaserne in Kaiser-Eberdorf einen Holzplatz zu errichten entgegen treten wolle, da hiédurch viel Grundflächen für den Gendiseanbau entzogen würden.

Bgm. Reumann: Es ist mir bekannt, dass tatsächlich ein Projekt zur Errichtung eines „Holzmarktes in Wien“ auf den in Rede stehenden Gründen besteht. An der Ausführung dieses Projektes sind der Staat, das Land und die Gemeinde interessiert; die Gemeinde ist auch in vorbereitenden Arbeitskomitee vertreten. Der Magistrat hat in der Sache bereits ein Referat ausgearbeitet, das den Stadtrat demnächst beschäftigen wird. Ich werde diese Anfrage dem Stadtratsreferenten übermitteln.

GR. Dr. Danneberg (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass in Finanzausschuss der Nationalversammlung berichtet wurde, dass die liquidierenden Aemter in Wien, abgesehen von 900 Antzimmern in staatlichen Gebäuden, immer noch 8 ganze Miethäuser und ausserdem 45 Mietwohnungen besetzt haben. Er fragt, ob der Bürgermeister mit allem Nachdruck verlangen wolle, dass die Räumung der von den liquidierenden Stellen besetzten Wohnungen ehestens erfolge.

Bgm. Reumann: Der Wiener Gemeinderat hat bereits im Vorjahr den Beschluss gefasst, eine unter Mitwirkung der Bevölkerung gebildete Kommission einzusetzen, die mit besonderen Vollmachten ausgestattet, die sofortige Räumung der überzähligen Bürolokale zu bewerkstelligen hätte. Ich habe mich an den Staatssekretär für Finanzen gewendet und dargestellt, dass die Einschränkung des Bürobedarfes auch im eminenten Interesse des Staates selbst liegt, da nur auf diesem Wege ein Abbau der Aemter zu erzielen sein wird. Ein Bescheid hierüber ist mir bisher nicht zugekommen. Ich werde Anlass nehmen, um die Erledigung der Forderung der Gemeinde neuerlich zu betreiben und werde insbesondere die ehestige Räumung der von den liquidierenden Aemtern besetzten Wohnungen verlangen.

GR. Gustav Simon (Soz. Dem.) interpelliert wegen des Ankaufes des Hotel „Südbahn“ auf der Favoritenstrasse durch die Südbahn-Gesellschaft. Sicherem Vernehmen nach plant die Südbahn-Gesellschaft die Umwandlung des Hotels in Kanzleien. Es handelt sich um ein vierstöckiges Gebäude, in welchem bei entsprechender Adaptierung eine bedeutende Zahl von Obdachlosen untergebracht werden könnten. Nachdem überdies auf der Wieden die Wohnungsnot eine besondere grosse ist, fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister geneigt ist, zu veranlassen, dass das Wohnungsamt sofort die entsprechenden Schritte einleite, wobei insbesondere die Anforderung des Hotels zu Wohnzwecken in Betracht käme.

Bgm. Reumann: Die Angelegenheit ist beim Wohnungsamt bereits anhängig. Die Südbahn-Gesellschaft behauptet, die Räumung des Hotels infolge der durch den Friedensvertrag notwendigen Umgestaltung ihrer ganzen Organisation dringender zu benötigen. Das Wohnungsamt hat sich mit dem Staatsamt ins Einvernehmen gesetzt um die Interessen der Wohnungsfürsorge energisch zu vertreten.

GR. Dr. Ehrlich (jüd. nat.) interpelliert wegen gesetzwidrigen Vorgehens der Kommission zur Überprüfung der Berechtigung der ärztlichen Praxis, die darin besteht, dass Aerzten, die noch inner österreichische Staatsbürger sind, die Praxisberechtigung eingestellt wird und fragt, ob der Bürgermeister die Abstellung dieser Gesetzwidrigkeit veranlassen wolle.

Bgm. Reumann: Der Oberstadthypothek berichtet hierüber: Die zufolge Erlass des Staatsamtes gebildete Überprüfungskommission stellt fest, ob die Bedingungen für die Zulassung zur Ausübung der ärztlichen Praxis vorhanden sind oder nicht. Falls diese Bedingungen fehlen, gibt der Magistrat die entsprechende Verfügung an den betreffenden Arzt mit der ausdrücklichen Rechtsbelehrung, dass ein Rekursrecht an die Landesregierung offen stehe. Dem Rekurs kommt aufschiebende Wirkung zu. Es ist nicht richtig, dass nur jüdischen Aerzten die ärztliche Praxis aberkannt wurde; tatsächlich mussten auch 47 christliche Aerzte aus der Aerzterliste gestrichen werden. Uebrigens wurden die regelmässigen Sitzungen, deren Überprüfungskommission am 19. Dezember nach Aufarbeitung des vorliegenden Materials beschlossen.

GR. Karasek (chr. soz.) urgiert in einer Anfrage seinen am 9. Jänner eingebrachten Antrag auf Gewährung einmaligen Anschaffungsbeitrages von 200, 400 und 600 K für landwirtschaftliche Arbeiter.

Bgm. Reumann: Ich kann mitteilen, dass eine diesbezügliche Vorlage bereits in Ausarbeitung begriffen ist und demnächst zur Behandlung kommen wird.

GR. Richard Schmitz (chr. soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, dass bei der öffentlichen Ausspeisungstelle III., Rasumofskygasse 24, die bisher vollkommen unparteiisch geführt wurde, von Angestellten die städtischen Ausspeisung an die Gäste sozialdemokratische Flugschriften verteilt werden.

Bgm. Reumann: Ich werde über die vorliegende Anfrage die erforderlichen Erhebungen pflegen und sodann an die Fürsorgezentrale die geeigneten Aufträge ergehen lassen.

GR. Rudolf Müller (Soz. Dem.) fragt, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass einzelne städtische Beamte ihre Stellung dazu benützen, um Ruhe unter den Bediensteten in Betrieb herbeizuführen und führt einen Fall aus dem Betriebsbahnhof Hernald der Strassenbahnen an.

Bgm. Reumann: Ich werde die Angelegenheit untersuchen und nach Maßgabe der Ergebnisse der Untersuchung Verfügungen treffen.

GR. Wawerka (chr. soz.) weist auf den Gemeinderatsbeschluss hin, dass jene Beamten, Lehrer und Angestellten der Gemeinde Wien, die ledig sind, aber in gemeinsamen Haushalten mit Eltern und Geschwistern leben, und zu deren Unterhalt vorwiegend beitragen, in den Bezügen den verheirateten Angestellten ohne Kinder gleichzuhalten sind, sowohl bezüglich der Teuerungszulagen und der Anschaffungsbeiträge und fragt, warum von diesem Beschluss Abstand genommen wurde und ob der Bürgermeister geneigt sei, die Anfrage als Antrag zu behandeln.

Bgm. Reumann: Mit Gemeinderatsbeschluss vom 12. Dezember wurde den städtischen Angestellten eine einmalige Zuwendung von 1000 K, den Verheirateten und diesen gleichgehaltenen eine solche von 1500 K bewilligt. Die Zuwendung wurde auf Grund der Beschlüsse des paritätischen Lohnkomitees bestimmt. Ein einseitiges Abgehen von den festgelegten Gesichtspunkten durch die Gemeinde ist unmöglich. Der in der Anfrage zitierte Gemeinderatsbeschluss bezog sich auf die seinerzeitigen Kriegszulagen und Anschaffungsbeiträge und findet auf die einmalige Zuwendung im Dezember 1919 keine Anwendung. Es wurde aber bereits im Sinne der Anregungen aus dem Kreise der Bediensteten der Magistrat beauftragt, wegen eventueller Gewährung der erhöhten Zuwendung an die mit Eltern und Geschwistern im Haushalt lebenden Angestellten sich mit dem Staatsamt für Finanzen ins Einvernehmen zu setzen. Nach dem Ergebnis wird der Magistrat die entsprechenden Anträge stellen.

GR. Dr. Fiaschkes (jüd. nat.) fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dem Heimatsrechtsausschuss zur schleunigen Erledigung sämtlicher auf die Paragrafen 2 bis 5 des Heimatsgesetzes gestützten Gesuche zu veranlassen und ob er die magistratischen Bezirksämter belohnen wolle, dass von Bezahlung allfälliger Steuerrückstände des Einschreiters und seiner Angehörigen die Vorlage des Gesuche an den Heimatsrechtsausschuss nicht abhängig gemacht werden darf.

Bgm. Reumann: Gesuche um Aufnahme in den Wiener Heimatverband auf Grund der Ersetzung bleiben in den Bezirksämtern nur solange, bis die Erhebungen abgeschlossen sind. Bei derartigen Gesuchen werden Erhebungen über Steuerleistungen nie gepflogen. Allgemein und seit jeher üblich ist es jedoch, dass solche Erhebungen bei Gesuchen um freiwillige Aufnahme durchgeführt werden. Was die schleunige Erledigung des Heimatsrechtsansuchens im Sinne der Paragrafen 2 bis 5 anbelangt, so muß darauf verwiesen werden, dass der gemeinderätliche Ausschuss für die Verleihung des Heimats- und Bürgerrechtes erst am 27. Jänner eine Sitzung abgehalten hat und voraussichtlich auch in der kommenden Woche zu einer Sitzung einberufen werden wird. Was die Belehrung der magistratischen Bezirksämter anlangt, so können hierfür nur die Ansuchen um freiwillige Aufnahme in Betracht kommen.

GR. Tupachak (chr.-soz.) beantragt den Entwurf eines Gesetzes über die Gemeindeverwaltungsreform der Erörterung in einer öffentlichen Enquete zu unterziehen.

GR. Worall (Soz.-Dem.) beantragt die Erhöhung der Subvention der Gesellschaft Lebensmittelzentrale.

BR. Jorde (Soz.-Dem.) stellt den Antrag, der Bürgermeister möge den Bezirksschulrat bzw. die Magistratsabteilung XV beauftragen, dem Stadtrate entsprechende Anträge auf zeitgemäße Erhöhung der Schulpauschalen vorlegen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

In Erledigung der Tagesordnung wird hierauf die Ergänzungswahl für die durch das Ableben des StR. Dr. Winter erledigten Mandate eines Mitgliedes des Stadtrates und des Disziplinarausschusses vorgenommen. Ueber Vorschlag des Bürgermeisters erfolgt mit Zustimmung des Gemeinderates die ^(chr.-soz.)Stimmabgabe für beide Wahlen unter einem. Als Schriftführer fungiert GR. Haber, als Skrutatoren die GR. Erntner (Deutschnat.) und Iser (Soz.-Dem.). In den Stadtrat wurde GR. Florian Hedorfer (Soz.-Dem.) mit 104 Stimmen von 145 abgegebenen Stimmen gewählt. In den Disziplinarausschuss wurde ebenfalls GR. Hedorfer mit 97 Stimmen von 141 abgegebenen Stimmen gewählt.

StR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über die gesetzliche Ermächtigung zum Virement der genehmigten Kredite bei Fortführung der Donauregulierungsarbeiten und betont, daß die Donauregulierungskommission ermächtigt werden soll, die noch unverwendeten für ganz bestimmte Zwecke bewilligten Kredite und Kreditresten jener Verwendung zuzuführen, welche sich gegenwärtig als notwendig erweisen. Zu diesen Arbeiten gehört u.a. auch die Fertigstellung der Franz-Josefbrücke. Der Stadtratsantrag wird angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Breitner (Soz.-Dem.) wird als Tag des Beglusses der Einhebung der erhöhten Abgaben von gebannten geistigen Flüssigkeiten, Bier und Wein, sowie der Gemeindeabgabe von Schaumwein, der auch als Stichtag für die Nachversteuerung zu gelten hat, der 9. Februar 1920 festgesetzt.

Nach einem Berichte des StR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) wird über Ansuchen des Wiener medizinischen Dokorenkollegiums als Kurator der Karoline Riedelschen Kinderspitalstiftung, dessen Neubau in der Sobieskygasse noch nicht fertiggestellt ist, zur Uebergabe der alten Spitalsrealität IX., Schubertgasse 33 bis 31. Dezember 1923 erstreckt.

Nach einem Berichte des StR. Siegel (Soz.-Dem.) wird die Schlußabrechnung für den Schulbau, XI., Strom- und Vorgartenstrasse, nach welcher sich die Gesamtkosten auf 1.054.335 K stellen, sich daher gegenüber dem genehmigten Kostentrage von 1.037.929 K ein Mindererfordernis von 23.594 K ergibt, zur Kenntnis genommen.

Nach einem weiteren Berichte des StR. Siegel wird die Adaptierung der Stellwagenwerkstätte in Speising, Anton Langergasse mit dem Kostenbetrage von 200.000 K genehmigt.

GR. Dr. Schen (soz.-Dem.) berichtet über die Mietung von Räumlichkeiten der Firma Julius Meinel im Hause II, Stefanaplatz 2 zu Kanzleizwecken für den Krafttollwagenbetrieb auf die Dauer von 5 Jahren mit einem jährlichen Mietzins von 25.000 K.

GR. Rötter (chr.-soz.) gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass man für ein so kleines Unternehmen, das inner passiv sei, auf dem teuersten Platze der Stadt Büroräumlichkeiten mieta. Die Leitung könne auch in den ohnehin in der letzten Zeit bedeutend vergrößerten Räumlichkeiten der Strassenbahndirektion in der Favoritenstrasse geregelt werden. Die Gemeinde Wien sollte diese Räumlichkeiten nicht auch noch den Wohnungsmietern wegnehmen. Der Berichterstatter GR. Dr. Schen wendet sich gegen die Ausführungen des GR. Rötter und erklärt, dass nach dem Berichte der Direktion der städtischen Strassenbahnen der Verkehr des Krafttollwagenbetriebes durch die Unterbringung der Büroräumlichkeiten in der Favoritenstrasse arg beeinträchtigt ist.

Der Stadtratsantrag wird dahin angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Speiser (Soz.-Dem.) wird beschlossen, zur Verberaterung der Vorlage über die Reform der Gemeindeverfassung ein aus 30

Mitgliedern und 15 Beiratsmännern bestehenden Ausschuss zu bilden.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über die Kosten der ausserordentlichen Volkszählung im Betrage von 135.145 K.

GR. Dr. Schwarz-Müller (Demokrat) macht darauf aufmerksam, dass es angezeigt wäre, wenn der Bürgermeister eine Weisung betreffend die Wahrung des Familiengeheimnisses erlassen würde, da hierüber in der Bevölkerung nicht volle Klarheit herrsche.

Referent StR. Speiser stimmt den Ausführungen des Redners bei und sagt, dass der Bürgermeister nicht erzwungen werde, in Sinne des Redners Verfügungen zu treffen.

Der Referentenantrag, den angeführten Betrag zu genehmigen, wird hierauf angenommen.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) referiert über die Anrechnung der Dienstzeit der kriegsprovvisorischen Angestellten. Jenen Angestellten, die während des Krieges provisorisch, längstens aber auf Kriegsdauer aufgenommen wurden, dann aber wegen ihrer militärischen Einberufung entlassen werden mussten, und nach ihrer Rückkehr aus dem Felde wieder in den städtischen Dienst getreten sind, soll die vor ihrer Einrückung verbrachte Dienstzeit bei der Verrückung und bei der Bemessung ihres Ruhegehaltes angerechnet werden.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) Es liegt im Referate eine Härte drinnen, die wohl nicht belassen werden soll, und die den Nichteingetückten zugute kommt.

Wenn ich auch zugeben will, daß die Angestellten seinerzeit ein Revers unterschrieben haben, nach welchem sie kein Recht haben wieder aufgenommen zu werden, so kann dieser nicht geltend gemacht werden, weil er ja durch die Wiederaufnahme schon nichtig geworden ist. Im Gemeinderatsbeschluss vom 11. Juni v. J. heisst es ausdrücklich, daß nicht nur die Dienstzeit vor der Einrückung zu rechnen ist, sondern auch für die Kriegszeit. Dieser Beschluss würde schon gefasst als Sie die Mehrheit im Gemeinderat hatten. Es dreht sich hier hauptsächlich um Angestellte, die dem Kollektivvertrage unterstehen und zwar insbesondere bei der Strassenbahn. Wenn der Herr Referent gesagt hat, daß die finanzielle Belastung größer würde, so gebe ich dies zu, aber ich kann mir doch nicht vorstellen, daß der Referent und die Gemeinderatsmehrheit sich nur aus fiskalischen Gründen eine Ungerechtigkeit zu Schulden kommen ließe. Das ist doch unmöglich bei einer Partei, die sich sozial nennt.

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Ihr habt sie gleich ganz brotlos gemacht.

GR. Vaugoin (chr.-soz.): Soll ich Ihnen die einzelnen Fälle aufzählen, wo Angestellte durch Sie brotlos geworden sind nur weil sie anderer politischer Gesinnung sind. Durch Zwischenrufe des Herrn Kollegen Forstner kann die Ungerechtigkeit Ihres Antrages nicht aus der Welt geschafft werden und ich empfehle Ihnen daher meinen Antrag anzunehmen, nach welchem dieser Antrag dahin abgeändert wird, daß/ ^{auch}denjenigen die provisorisch im Dienste gestanden sind, die Kriegsdienstzeit einfach einzurechnen ist.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.) Ich habe im Stadtrate nicht gegen den Antrag des Referenten gestimmt, weil der Referent sich darauf berufen hat, dass die Personalkommission sich mit seinem Antrage einverstanden erklärt hat. Nachträglich habe ich gehört, dass bei den betreffenden Bediensteten keine Einstimmigkeit in der Auffassung besteht, und nun müsse man die Sache juristisch genauer prüfen. Es ist schwer zu sagen, ob die Betroffenen nicht direkt juristisch einen Anspruch auf Einrechnung der Militärdienstzeit haben. Wir haben nach der Ausstellung des Reverses für die betreffenden Bediensteten ausnahmslos den Beschluss gefasst, dass die Militärdienstzeit nicht als Unterbrechung gilt. Ich halte es für keine loyale Auslegung den Bediensteten gegenüber, wenn man sagt, ihr seid entlassen und dann wieder aufgenommen werden. Ausserdem ist hinsichtlich einer Anzahl von städtischen Bediensteten die Militärdienstzeit angerechnet worden. Es scheint mir, eine Unbilligkeit zu sein, die Einrechnung der Militärdienstzeit zu verweigern, die auch juristisch nicht unanfechtbar wäre. Ich würde sehr empfehlen, die Angelegenheit nun einmal in Erwägung zu ziehen, ob man nicht den Bediensteten Unrecht tut, wenn

man ihnen die Konsequenzen der Beziehung versagt. Wir werden deshalb für den Zusatzantrag Vaugoin stimmen. (Beifall rechts).

StR. Speiser (Soz.-Dem.) sagt in seinem Schlussworte unter anderem:

Eine wirklich innere juristische Ueberzeugung habe ich aus den Darlegungen des Stadtrates Dr. Kienböck nicht gewinnen können. Während des Krieges wurde eine grosse Anzahl von Männern und Frauen in den Gemeindedienst aufgenommen, mit dem ausdrücklichen Bemerkens, dass sie nur auf Kriegsdauer, befristet aufgenommen und dann wieder werden entlassen werden. Diese Reverse sind ihnen von der früheren Mehrheit vorgelegt worden. Wenn die frühere Mehrheit eine solche Auslegung, wie Sie sie jetzt gehört haben, gewünscht hätte, (GR. Dr. Kienböck: Damals bestand doch der Gemeinderatsbeschluss wegen Anrechnung der Militärdienstzeit noch nicht!), so würde der Revers besser entfallen sein. In der Personalkommission haben die Bediensteten für die Auslegung, die in dem heutigen Antrage niedergelegt ist, gestimmt. (Zwischenruf des GR. Vaugoin.) Es handelt sich aber gar nicht um diese Bediensteten, sondern um die Werbung einer freundlichen Stimmung von 2000 Angestellten der städt. Strassenbahn und um die Feststellung, dass wieder einmal die Herren den Interessen der Kollektivvertrügler ihre freundliche Gunst zuwenden. Dieses Spiel zwischen Kollektivvertrüglern auf der einen Seite und den in das Schema eingereichten Bediensteten machen wir immer mit. Den betreffenden Bediensteten ist bei der Einrückung zum Militär ausdrücklich mitgeteilt worden, dass sie nicht mehr Bedienstete der Stadt Wien sind. (GR. Dr. Kienböck: und nachher ist beschlossen worden, die Militärdienstzeit einzurechnen.) Diese Bediensteten sind dann aus freiem Willen von der Gemeinde wiederum in den Dienst der Gemeinde Wien aufgenommen worden. Diesen Bediensteten, die doch keinerlei Anspruch darauf hätten, dass ihnen eine frühere Dienstzeit eingerechnet wird, soll nun jene Dienstzeit, die sie tatsächlich im Dienste der Gemeinde verbracht haben, angerechnet werden. Ich halte das für eine völlig rechte Lösung der Frage und muss verweisen, dass auch ~~die~~ Bedienstete der Strassenbahn sich direkt gewährt haben, dass den anderen die Dienstzeit eingerechnet wird, weil ihnen sonst die anderen vorkommen würden. Für die 42 Bediensteten soll eine ohne völlige Ueberlegung beschlossene Begünstigung in Kraft bleiben, für die anderen wird keine unsoziale Massnahme verfügt, sondern beantragt, dass ihnen ohne dass sie darauf den geringsten Anspruch hätten, die vor ihrer Einrückung zum Militär in der Gemeinde zugebrachte Dienstzeit nicht nur voll angerechnet, sondern auch die Kriegsmehrdienstzeit eingerechnet wird. Ich bitte den Antrag der Gegenseite daher abzulehnen. (Lauter Beifall links). Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, der Zusatzantrag Vaugoin abgelehnt.

+ + +

Einlösung der 20 Hellerscheine der Gemeinde Wien. Obwohl die Frist zur Einlösung der von der Gemeinde ausgegebenen 20-Heller-Kassenscheine mit 31. Jänner ds. J. abläuft, ist erst ein geringer Teil dieser Scheine bei den städtischen Kassen zur Einlösung gebracht worden. Um der Bevölkerung die Möglichkeit zu bieten, diese Kassenscheine noch zur Einlösung bringen zu können, soll die Frist zur Einlösung der 20-Hellerscheine bis 15. Februar ds. verlängert werden. Der Stadtrat wird in seiner nächsten Sitzung darüber beschliessen. Der Bürgermeister hat an die Hauptkassa-Zentrale und sämtliche städtischen Hauptkassa-Abteilungen der Bezirke sowie an die Strassenbahn die Weisung erteilt, zwischenzeitig jedenfalls die 20-Hellerscheine anstandslos entgegenzunehmen.

Löbliche Redaktion!

Am ersten Bogen, 3. Spalte, muss die erste/und zweite Zeile lauten: Nachdiesem Schreiben wäre der Besitz von San Felagio für die Stadt Wien verloren.

+ + +

GR. Spoiner (Soz.-Dem.) referiert über die Dienstzeit-Anrechnung für Angestellte der Strassenbahnen, die während der Kriegsjahre Präsenzdienst geleistet haben. Der Antrag: Den bereits vor Kriegsausbruch dauernd im Dienste gestandenen Angestellten der Strassenbahn, welche während der Kriegsjahre ihrer gesetzlichen Militärdienstpflicht nachkamen, aus diesem Grunde aus dem Dienstverband der Strassenbahnen ausscheiden und welche, soweit sie nach der Demobilisierung heimkehrten, bis längstens 30. April 1919 wieder in den Dienst aufgenommen werden, wird für die Einreihung in die Lohnstufen, sowie für die Bemessung der Quartiergelder und Ruhegehälter anrechnungsbare Dienstzeit vor dem Kriege an, gerechnet, wurde angenommen.

GR. Spinaer (Soz.-Dem.) berichtet über die Wiederherstellung des Floridsdorfer Auparkes und über das Anbot an das Stift Klosterneuburg wegen Pachtung des Grundes, auf dem der neue Park errichtet werden soll. Der neue Park wird grösser sein als der alte und er ist auch der einzige Erholungsort den Floridsdorf in dieser Gegend hat. Die Gründe für den Park sind zum Teil von der Donauregulierungskommission zu erwerben und zum Teil vom Stifte Klosterneuburg zu pachten.

Bezirksvorsteher Dratschneider (Floridsdorf): Wie Sie vernommen haben, ist auch die Welle der Waldverwüstung zu uns nach Floridsdorf hinübergekommen und die einzige Erholungsstätte, die wir hatten, ist ihr zum Opfer gefallen, aber nicht allein dem Flend und der Not, sondern auch dem persönlichen Egoismus einzelner Kreise der Bevölkerung. Als nun die Bevölkerung von Floridsdorf geschrien hat, welcher Schaden ihr zugefügt worden ist, wurde der Wunsch laut, die Gemeinde möge dafür sorgen, dass der Park wieder erstehen. In zwei Anträgen, von Sozialdemokratischer und christlichsozialer Seite, wurde dieser Wunsch zum Ausdruck gebracht. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, es möge eine Deputation zum Bürgermeister geführt werden, dass er so rasch als möglich an die Verwirklichung schreite. Wir haben diese Bitte dem Herrn Bürgermeister vorgebracht und ich konstatiere mit Freuden, dass diese unsere Aktion vollen Erfolg gehabt hat und dass mit diesem Antrage, der Ihnen zum Beschlusse vorliegt, diese traurige Erscheinung verschwindet. Wenn Sie diesem Antrage Ihre Zustimmung erteilen, beseitigen Sie nicht allein die Folgen dieser traurigen Erscheinung, sondern Sie schaffen dadurch wieder Ersatz, dass Sie der Bevölkerung von Floridsdorf eine Erholungsstätte bieten, die Sie für ihre Kinder, für ihre Familien braucht, um daraus neue Kräfte für ihre Arbeit zu sammeln. Gestatten Sie, dass ich bei dieser Gelegenheit dem Herrn Bürgermeister und dem Herren Referenten für die so rasche Erledigung den Dank ausspreche und nicht zuletzt auch den Grundbesitzern, die eine so rasche Erledigung ermöglicht haben. Glauben Sie nicht, dass diese Summe totes Kapital bleiben wird, in Gegenteil, durch die Errichtung dieser Erholungsstätte werden Sie die Ausgaben reichlich herbeibringen und die Bevölkerung von Floridsdorf wird immer mit Zinsen-Zinsen den aufgewendeten Betrag zurückzahlen.

VB. Hogg: Auch ich möchte meinen Bedauern Ausdruck geben, dass diese einzige Erholungsstätte den traurigen Zeitverhältnissen zum Opfer gefallen ist. Der Verlust ist uns grösser als die Verhältnisse es der Bevölkerung erschwert haben, aufs Land zu gehen. Dadurch wird die arbeitende Bevölkerung umso schwerer betroffen. Das betrübendste ist aber, dass nicht die Bevölkerung trotz der grossen Not den Anfang gemacht hat, sondern es waren

Schleichhändler und Schieber, die die Devastierung durchgeführt haben. Erst dann hat sich die Bevölkerung gemeldet, hat aber nur einen kleinen Teil noch bekommen und diejenigen, die aus egoistischen Gründen hinausgekommen sind, waren schon mit ihren Verdienste davon. Ich möchte aber bitten, dass uns wenigstens der Jedleseerpark so erhalten wird, wie er jetzt ist. Wir haben seinerzeit alles darangesetzt, um Verschönerungsvereine in Jedlese und Floridsdorf zu gründen und haben aus den Aunlagen wirklich schöne Parkanlagen geschaffen. Es freut mich, dass diese Angelegenheit so rasch behandelt wurde und ich muss den Beamten die volle Anerkennung aussprechen, dass Sie die Sache nach meinen Intentionen und meinen Programme so rasch durchgeführt haben. Ich bitte der Vorlage Ihre Zustimmung zu geben und den Referenten bitte ich auch in Zukunft den XXI. Bezirk wegen Schaffung von Anlagen in Auge zu behalten. Von meiner Partei wurde seinerzeit ein Teil auch in den Wald und Wiesengürtel einbezogen, auch ist dann die Kriegszeit dazwischen gekommen. Es wäre daher sehr wünschenswert, dass der industriellen Bevölkerung in Floridsdorf Erholungsparks geschaffen werden.

GR. Kunachak (chr.-soz.): Mit diesem Antrage hängt etwas zusammen, was uns mit tiefer Betrübnis erfüllen muss, die Tatsache, dass der Wiener Bevölkerung ihre Erholungsorte in grösster Still und Umfang jetzt niedergelegt werden. Einestheils weil die Bevölkerung durch die Not gezwungen wird Selbsthilfe zu suchen, und sich das erforderliche Brennmaterial zu beschaffen und weil diese

weil diese Not auch gewisse zweifelhafte Elemente befähigt, Verbrechen an den Erholungsorten der Wiener Bevölkerung zu begehen. Man hat uns beruhigt, es werde diesen Dingen Einhalt geboten werden. Die benötigten Verordnungen sind ergangen, aber die Verwüstungen gehen weiter. Was das in finanzieller Beziehung zu bedeuten hat, zeigt der heute vorliegende Antrag. Ein kleiner Park, der errichtet werden soll, kostet 1 1/2 Millionen Kronen, man kann also sagen, dass der Schaden, der jetzt angerichtet überhaupt nicht mehr wird werden gut gemacht können. Der Bezirk Floridsdorf war der erste, den es gelungen ist, ein solches Referat im Gemeinderate durchzusetzen und er wird vielleicht auch der letzte sein. Denn auch die Leute in Simmering und Erdberg, in Währing und Döbling sehen die Stätten vor sich sterben, die ihnen einstmal die Möglichkeit angenehmer und gesünder Erholung gegeben haben. Diese Tatsache müsste Anlass geben, ernstlich daranzugehen, zu retten, was noch gerettet werden kann. Da sind aber Verordnungen nicht die Mittel, die zum Ziele führen. Die Verordnungen haben nur dazu geführt, dass die Zustände noch in Verschärfung erfahren haben, in-dem jetzt Uebertretungen und Beschädigungen unter dem Aufgebot von Polizei verschahen gehen. Es wäre besser, wenn der Aupark noch stünde, und man hätte die 1 1/2 Millionen Kronen zur Herbeischaffung des Holzes verwendet, das an den Bahnen und an der Donau zur Erbringung bereit liegt. Auch war das menschliche Gewissen immer so empfindlich, wenn es sich um Beschädigungen von Menschen gehandelt hat. Und jetzt sieht man tatenlos zu, was das beim Holzfällen geschieht. Mein seinerzeitiger Antrag auf Anforderung der Volkswahlleute zur Holzbeschaffung ist verschwunden. Da hätte die Volkswehr eine patriotische Tat tun können und ihren Willen zum Schutze und zur Unterstützung der Bevölkerung bekräftigen können.

GR. Reisemann (Soz.-Dem.): Offiziere als Streikbrecher! Der Bürgerrat kauft Holz in Schleichhandel!

GR. Kunachak (chr.-soz.): Was ich mit meinem Antrag verlangt habe ist nichts Neues, denn auch früher wurde Militär angesprochen.

GR. Reisemann (Soz.-Dem.): Die Volkswehr ist kein Militär! (Lachen bei den Christlichsozialen).

GR. Kunachak (chr.-soz.): Bei der Einleitung der Wehrreformvorlage in der Nationalversammlung hat Staatssekretär Dr. Deutsch erklärt, dass wir die künftige Wehrmacht nicht brauchen um Krieg zu führen, sondern dass die Bevölkerung hilfreich zur Seite stehen mit dem Unterschiede, dass die neue Wehrmacht vorgebildet und nicht militärisch gedrillt sein wird. Ich möchte bitten, dass der Bürgermeister den Weg zum Staatssekretär macht, und fragt, ob er die Volkswehr zum Zwecke der systematischen und geordneten Holzfällung zur Verfügung stellen wolle, was von der Volkswehr nicht umsonst verlangt werden soll. Ich habe auch keinen Anlass, mich der Danksagung an jene auszuschliessen, die sich um die Wiederrichtung des Floridsdorfer Auparkes verdient gemacht haben. Aber auch den Faktor, den die Floridsdorfer Bevölkerung dem Park bisher verdankt hat, soll der Dank nicht versagt werden und das ist die sogenannte tote Hand, das Stift Klosterneuburg. Wenn mit Recht allen gedankt wird, so soll nicht mit Unrecht dem Stift Klosterneuburg nicht gedankt werden. (Beifall bei den Christlichsozialen).